97-84203-18

Schiffer

Deutschlands finanzlage nach dem kriege

Berlin

1919

97-84203-18
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

336.43
Sch32
308
Z
847

Schiffer

Deutschlands finanzlage nach dem kriege; rede, gehalten in der deutschen nationalversammlung am 15. februar 1919, von Schiffer ... Berlin, Springer, 1919.

24 p. 20½ cm.

372162

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 9:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 9-30-97 INITIALS: PB

TRACKING # : 28328

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik

Vom

Staatssekretär Schiffer

307
2
Box 817

Berlin
Verlag von Julius Springer
1918

Rede, gehalten in der Berliner Handelskammer auf Einladung des Deutschen Industrie- und Handelstages am 9. Dezember 1918.

E-11-57 1/75

Ich danke Ihnen für die freundlichen Worte der Begrüßung herzlichst. Der an mich ergangenen Einladung bin ich sehr gern gefolgt. Sie entsprach meinem Bedürfnis, vor der Öffentlichkeit mich auszusprechen über die Fragen, die Ihnen und mir am Herzen liegen. Ich werde mit voller und rückhaltloser Offenherzigkeit zu Ihnen reden. Denn ich bin der Meinung, daß, wenn jemals, es jetzt geboten ist, sich und anderen nichts vorzumachen. (Bravo!)

Ich werde die Empfindungen, von denen mein Herz, wie das jedes Deutschen in heutiger Zeit voll und übervoll ist, zurückdrängen, um nur die Stimme klarer, kühler Überlegung walten zu lassen. Nec flere nec ridere, sed intellegere: nicht weinen, nicht lachen, sondern verstehen, — das ist das Motto, unter dem wir der Zeit gerecht zu werden trachten müssen. Wir müssen den Dingen ins Gesicht sehen, wie sie sind, um mit ihnen fertig zu werden. Und so werde ich vor Ihnen Tatsachen, nackte und brutale Tatsachen darlegen, keine Kritik daran knüpfen —, die mögen Sie üben — und werde ferner nur vom Standpunkt der Finanzen aus zu Ihnen reden, nicht von dem der Politik aus. Die politischen Schlüsse zu ziehen, die politischen Forderungen aufzustellen, ist nicht meines Amtes und nicht meine heutige Aufgabe.

Wie ist die Finanzlage? — Unübersehbar!

Wir haben während des Krieges im Reichsschatzamt pflichtgemäß immer wieder uns bemüht, den Überblick über die auch in finanzieller Beziehung sich überstürzenden Ereignisse festzuhalten und neu zu gewinnen. So haben wir im letzten Frühjahr noch einmal versucht, uns zu berechnen,

wie sich die Kostenlast des Deutschen Reiches stellen würde, wenn der Krieg im Herbste, etwa Anfang Oktober, unter den Voraussetzungen, die damals die allein möglichen und denkbaren waren, zu Ende kommen sollte. Wir gingen dabei aus von dem Steuerbedarf zu Friedenszeiten. Er betrug für das Reich etwa 2 Milliarden. Aber damit wären die Steuerlasten in Deutschland noch nicht genügend erfaßt gewesen. Denn mit Rücksicht auf die bundesstaatliche Verfassung des Deutschen Reiches mußten die Steuerlasten der Einzelstaaten, aber auch der Gemeinden und kommunalen Verbände, sowie der Kirchen hinzugerechnet werden. Diese steuerlichen Lasten der Kommunalverbände und Kirchen betrugen etwa 3 Milliarden Mk., sodaß sich eine steuerliche Friedensbelastung von etwa 5 Milliarden Mk. ergab. Nach unserer Berechnung wären nun die Lasten des Reiches im Oktober d. J. auf etwa 14 Milliarden Mk. gestiegen und die der Bundesstaaten und Kommunen auf etwa 5 Milliarden Mk. Das würde eine Gesamtbelastung von jährlich 19 Milliarden Mk. ergeben haben, also eine Mehrbelastung von 14 Milliarden, und von dieser Mehrbelastung waren 12 Milliarden auf das Reich und 2 Milliarden auf Bundesstaaten und Gemeinden entfallen, — furchtbare Summen, die abgesehen von ihrem ungeheuren Betrag noch das für die damaligen Zeiten besonders interessante Problem aufrollten, wie sich ihnen eine Umstellung bis zur vollständigen Gegenwärtigkeit gegen früher ausgeprägt hätte für das Verhältnis von Reich und Einzelstaaten. Aber solche Sorgen, die uns damals quälten, sind längst überholt, die ganze Berechnung ist durch die Ereignisse in Scherben und Stücke geschlagen. Es sind zu viel neue tatsächliche Momente, die zugleich Momente der Unsicherheit und der Unmöglichkeit der Berechnung in sich schließen, zu Tage getreten, als daß wir mit jener Aufstellung noch viel anfangen könnten.

Wenn wir uns nämlich jetzt fragen, wie groß der Finanzbedarf des Reiches sein wird, so müssen wir naturgemäß zunächst mit den Forderungen rechnen, die unsere Feinde uns auferlegen werden. Noch kennen wir sie nicht, wissen auch nicht, in welcher Art sie uns auferlegt werden sollen, und doch kommt es sehr wesentlich darauf an, nicht bloß wie viel, sondern in welcher Art und Form und in welcher Frist wir zu zahlen haben werden. Ebensowenig aber, wie wir den Umfang der Lasten, die auf uns drücken werden, kennen, und zur Grundlage unserer Betrachtungen machen können ebensowenig kennen wir uns selbst als den Schuldner der Forderungen, denen wir gegenüber stehen. Denn wir wissen heute noch nicht, wie das Deutsche Reich aussehen wird, wenn es zur Bezahlung, zur Abtragung

dieser Lasten schreiten wird. Wir wissen nicht, was wir an Landgebiet abgegeben haben werden, wissen nicht, was wir hinzubekommen werden, nach welchen Richtungen wir uns eingeengt oder ausgedehnt haben werden; und wir wissen weiterhin nicht, wie es innerhalb des neuen Reiches aussehen wird, ob die Bundesstaaten bestehen bleiben, in welchen Grenzen, in welchen Formen sie bestehen werden, und wie das staatsrechtliche Verhältnis des Reiches zu den Bundesstaaten, wenn sie bestehen, sich gestalten wird. Wir wissen nicht, wie die handelspolitischen Beziehungen zu anderen Völkern geregelt werden sollen, obgleich auch diese schon wegen der Zölle einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung unserer Finanzen ausüben müssen; und wir wissen endlich nicht, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse sein werden, die doch zu einem sehr erheblichen Teile wiederum von der Gestaltung unseres Territoriums, von dem Besitz oder dem Verlust ertragreicher Gebiete beeinflußt werden. Überall unbekannte Größen, die es ausschließen, eine irgendwie abschließende Gleichung aufzustellen!

Gegenüber dieser Ungewißheit aller Verhältnisse ist es sehr schwer, eine einigermaßen geregelte Finanzwirtschaft in der Gegenwart durchzuführen, aber geradezu unmöglich, eine wirklich weitblickende Finanzpolitik für die Zukunft zu kennzeichnen. Wir müssen von der Hand in den Mund leben. Alles ist unsicher. Und doch nicht alles! Denn eins ist sicher: Wenn es so weiter geht, wie jetzt, dann gehen wir finanziell zu Grunde; (sehr richtig) wenn es so weiter geht wie jetzt, dann wird vielleicht die Aufgabe, uns über die Lösung finanzieller Probleme den Kopf zu zerbrechen, ganz außerordentlich vereinfacht werden. Sofern die Grundlagen jeder Finanzpolitik, ein tragfähiges Wirtschaftsleben, zerschlagen werden, unser Wirtschaftsleben, wenn nicht zum Stillstand gebracht, so doch für die Steuern nicht mehr ausbeutefähig ist, dann gibt es mangels eines Objektes auch keine großzügige Steuerpolitik mehr. Wo nichts ist, hat nicht bloß der Kaiser, sondern auch die Republik ihr Recht verloren. (Sehr richtig! Heiterkeit).

So liegt es aber. Betrachten wir unser Land, wie es ist, so müssen wir, nicht geblendet von den gewaltigen Fortschritten, die unser Wirtschaftsleben in früherer Zeit gemacht hat, uns doch sagen, daß unser Land von Natur aus kein reiches, eher ein armes Land ist. Es verfügt nicht über Baumwolle, Kautschuk und andere Erzeugnisse der tropischen Sonne; die Bodenschätze, die es birgt, sind in vieler Beziehung nicht ausreichend; Kupfer, wichtigste Gesteine, Edelmetalle und andere Erze müssen wir von auswärts holen und bezahlen, und ob wir diejenigen, die wir noch

haben — Kohle und Kali — in demselben Umfange behalten werden wie bisher, wissen wir nicht. Auch das, was der Boden trägt, ist nur zum Teil so reichlich, daß es als ein wesentlicher Bestandteil unseres Nationalreichtums in Betracht kommen kann, und im Ganzen nicht so reichlich, daß es die ständig anschwellende Bevölkerung hätte völlig ernähren können. Alter, angestammter, zehrungsfähiger Reichtum fehlt uns. So sehen wir, daß, um leben zu können, und um vor allem die ungeheueren Lasten, die uns bevorstehen, tragen zu können, wir die Dinge nicht laufen lassen dürfen, wie es ihnen beliebt, sondern dreierlei tun müssen; wir müssen das, was wir haben, pfleglich und sparsam behandeln, festhalten, sammeln, zusammenhalten; wir müssen das, was wir haben, durch Arbeit vermehren; und wir müssen endlich dafür sorgen, daß der Kredit, der Kredit im Inlande und Auslande, den wir brauchen, um das Schwungrad der Arbeit in Bewegung zu bringen und darin zu erhalten, um insbesondere die Nährstoffe zum Leben und die Rohstoffe zum Verarbeiten zu haben, — daß der Kredit uns bewahrt, wiedergegeben und womöglich noch gestärkt und erweitert wird. Ohne die Erfüllung dieser Voraussetzungen ist — das bedarf keines Beweises — überhaupt eine Möglichkeit, die Finanzierung unseres Reiches in geordnete Bahnen zu bringen, nicht vorhanden.

Wie steht es damit in Wirklichkeit? Wir sollen zusammenhalten und sparen. Ich glaube, auch der wohlwollendste Beurteiler wird nicht sagen können, daß wir uns gegenwärtig in einer Periode großer Sparsamkeit befinden. (Sehr richtig).

Ich wiederhole: ich kritisiere nicht, ich urteile nicht über die Notwendigkeit unseres Verhaltens, ich stelle nur die Tatsache fest, daß das gegenwärtige Regierungssystem jedenfalls nicht billiger, sondern recht viel teuerer arbeitet als das frühere (sehr richtig! leider!) Ich stelle lediglich fest, daß die Masse der Behörden, Beamten und Stellen, die aus der Staatskasse ihre Bezüge erhalten, sich ganz außerordentlich vermehrt hat. Die Zeitungen haben neulich eine Notiz gebracht, wonach das neue Regiment in 14 Tagen 800 Millionen verschlungen habe. Es ist selbstverständlich, daß dies nicht etwa so gemeint sein kann, als ob die neue Regierung diese 800 Millionen in ihre Taschen verwirtschaftet habe. Gegen eine solche Unterstellung muß man sie in Schutz nehmen; so kann es auch nicht gemeint gewesen sein, und wer das glaubt, der irrt sich. Aber die Tatsache, daß in dieser Zeit Hunderte von Millionen, man kann ruhig sagen, mehr als eine Milliarde auf die verschiedenste Weise durch die Beschlüsse der ordnungsmäßig dazu bestellten und vieler nicht ordnungsmäßig bestellter

oder berufener Stellen in die Luft gegangen sind, diese Tatsache ist unzweifelhaft. Die Summen, die durch erhöhte Löhnungen, durch erhöhte oder neu eingeführte Bezüge aller Art, durch Aufwendungen, die mit den gegenwärtigen Verhältnissen verbunden waren, aus dem Staatssäckel genommen worden sind, gehen weit über 1 Milliarde, und stellen sich als ein beträchtliches Minus dar gegenüber demjenigen, womit wir rechnen konnten, wenn wir die Schlußbilanz von Soll und Haben aufstellen wollten.

Aber dazu kommt ein anderes; und das ist noch viel schlimmer. Es ist in unverantwortlicher Weise mit Nationaleigentum verschwenderisch umgegangen worden, in unverantwortlicher Weise Nationaleigentum vergeudet, zerstreut, geplündert, verschlissen worden dadurch, daß die Lagerbestände, die Depots, die Massen an Heeresgerät, an Munition, an Waffen, an Lebensmitteln, an Pferden, an Ausrüstung weggebracht, verschleudert, verteilt worden sind, und oft weiß kein Mensch, wo sie geblieben sind; das ist etwas, wovon man wohl ohne Weiteres sagen kann: es war nicht notwendig und ist nicht zu rechtfertigen, und wer sich daran beteiligt hat, von dem mag man ruhig behaupten, daß er sich versündigt hat an unserem Volk, das alles das bezahlen muß, was jetzt auf die Seite gebracht worden und ohne vollen Gegenwert verschwunden ist. (Sehr richtig).

Mag auch hier und da, was ich nicht leugnen will, im Drange des Augenblicks, um die Ruhe zu erhalten oder gutgläubig eine Mehrausgabe, eine Veräußerung oder Verteilung erfolgt sein, — im Großen und ganzen haben wir doch den Eindruck, daß hier Nationalgut leichtherzig und oft leichtfertig verschleudert worden ist. Wir müssen deshalb feststellen, daß nach allen Richtungen hin die so dringend gebotene Sparsamkeit nicht eingehalten worden ist.

Dann der zweite Punkt: die Arbeit. Wir sehen in dem einen Orte sich stets mehrende Scharen von Arbeitslosen, d. h. Leuten, die nicht arbeiten, teils weil sie nicht arbeiten können, teils weil sie nicht arbeiten wollen; wir sehen an anderen Orten einen Vorrat von Arbeit, dort aber fehlt es an Arbeitern. Es besteht hier ein unerträgliches Mißverhältnis, durch das weitaus nicht Alles geleistet wird, was an Arbeit geleistet werden könnte. Also ein bedauerlicher Ausfall an derjenigen Arbeit, die wir dringend notwendig gebrauchen. Wenn wir hören, daß nicht bloß die Landwirtschaft, das flache Land nach Arbeitern schreit, sondern auch die Industrie selber, daß die Industrie sogar in der Nähe von Berlin an Arbeitern Mangel leidet, während hier in Berlin die Zahl der Arbeitslosen wächst, so müssen wir feststellen, daß

hier eine tief bedauerliche Lücke in unserer gegenwärtigen Arbeitsorganisation klafft. (Sehr richtig).

Ich bin überhaupt der Überzeugung, daß die richtige Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land eines der Probleme ist, die in maßgebendster Weise die Zukunft unseres Vaterlandes bestimmen werden.

Es geht nicht mehr an, daß, nachdem wir Millionen von blühenden, kräftigen Menschen und Arbeitern verloren haben nachdem der Zuzug von fremden Arbeitern, der früher im Jahre etwa eine Million betrug, in Zukunft wahrscheinlich aufhören wird, so wie bisher eine einseitige Auffüllung der großen Städte stattfindet, während das flache Land mehr und mehr verödet, weil es an Menschenkräften ausgeblutet ist. Hier — nicht durch brutalen Zwang, sondern durch verständige wirtschaftliche und soziale, kulturelle und politische Maßregeln — den Ausgleich zu schaffen, wird eine dringende und gewaltige Aufgabe der neuen Zeit sein.

Aber im Augenblick tut Eile not, um die Arbeitskraft auszunutzen die wir besitzen. Wir können es wirklich nicht ertragen, daß in der Weise, wie jetzt, Menschenkraft in Deutschland brach liegt, daß Zustände fortbestehen, von denen wir zudem nicht wissen, welche anderweiten Wirkungen aus der durch sie bedingten Arbeitslosigkeit herauswachsen können. Verstärkt werden sie nur noch durch die Arbeitslosigkeit in Gestalt von Arbeitseinstellungen, von wilden Streiks, von denen jeder zugeben muß, daß sie durch unberechtigte, übertriebene Forderungen hervorgerufen sind, daß sie zum Teil ausbrachen, nachdem mit einem Betriebsrat ein Übereinkommen erzielt worden war, das durch einen am nächsten Tage neu eingesetzten Betriebsrat beseitigt wurde. Dadurch wird wiederum brauchbare und kostbare Arbeitskraft still gelegt.

Aber die andere Seite, die Seite der Arbeitgeber, ist ebenfalls nicht in dem Maße an der Wiederherstellung und Ausnutzung der nationalen Arbeit beteiligt, wie es sein könnte und sein müßte. Wir wissen, daß viele Arbeitgeber, wenn sie ihren Betrieb nicht schon eingestellt haben, vor der Einstellung ihres Betriebes stehen; daß viele Kaufleute, Händler und Fabrikanten mit ihren Aufträgen zurückhalten und Aufträge, die sie schon erteilt haben, zurücknehmen; daß kein Geldgeber sein Geld mehr in neue Unternehmungen stecken will. Der Grund ist klar; der Kaufmann kann, gerade wenn er reell und solide ist, nicht auf unwirtschaftlichen, unstetigen, unklaren Verhältnissen sein Geschäft aufbauen; er braucht Sicherheit, um überhaupt arbeiten zu können. (Sehr richtig).

Wenn wir nun sehen und hören, daß Lohnforderungen in einem Umfange kommen, der die Rentabilität eines Unternehmens für den gewissenhaften Mann und vor allen Dingen auch für den gewissenhaften Verwalter fremden Geldes so in Frage stellt, daß der Kaufmann die Verwendung von Vermögen bei einem solchen Unternehmen überhaupt nicht mehr wagen mag, dann wird man es sehr wohl verstehen, falls in kurzer Zeit vielleicht Einstellungen von Betrieben in einem Maße erfolgen, daß sie an den Lebensnerv unseres Wirtschaftslebens rühren.

Aber das Übermaß der Lohnforderungen ist nicht das einzige, das dazu führt. Wir sehen, wie schwer es dem Unternehmer vielfach überhaupt gemacht wird, den ordnungsmäßigen Betrieb seines Unternehmens aufrechtzuerhalten und mit seinen Arbeitern auszukommen. Wir sehen, wieviele Eingriffe ihm das Leben unerträglich machen, zum größten Teil Eingriffe, von denen mindestens zweifelhaft ist, ob sie gesetzlich und berechtigt sind. Wir sehen, daß selbst die persönliche Sicherheit und Freiheit der Entschließung einzelner Gewerbetreibender nicht außer jedem Zweifel ist. Wir werden uns daher nicht wundern können, wenn eine gewisse, vom nationalen Standpunkt aus tief bedauerliche Unlust, das wirtschaftliche Leben fortzuführen, bei den Unternehmern mehr und mehr Platz greift. Aber es ist leider verständlich; wer wird denn in ein Unternehmen Arbeit und Geld hineinstecken, um es in Gang zu halten, wenn er nicht weiß, was aus ihm oder aus dem Unternehmen wird?

Die Einstellung oder doch Einschränkung der nationalen Arbeit leitet über auf den dritten Punkt: auf das allmähliche Versagen unseres Kredites im Inlande und im Auslande. Die Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse, die ich eben geschildert habe, bringt es mit sich, daß die Leute im Inlande dem Reiche ihren Kredit entziehen, daß sie Kriegsanleihen auf den Markt werfen, dadurch deren Kurse drücken und sich selbst mit Banknoten im Hause zu helfen suchen, daß diese Banknoten also auch nicht im Wirtschaftsleben Verwendung finden, sondern daß man sie bei sich behält, weil man glaubt, dabei am besten zu fahren. Es ist aber sehr erklärlich, daß auch das Ausland die traurigen Erscheinungen, die sich in der Gestaltung unseres wirtschaftlichen Lebens zeigen, kennt und seine Schlüsse daraus zieht; es ist so weit gekommen, daß im Auslande die Wechsel unserer Großbanken auf Mißtrauen stoßen, und die Kredite unseren Großbanken gekündigt werden. Der Kredit des Deutschen Reiches war gut, der Kredit unserer einzelnen großen wirtschaftlichen Unternehmungen war besser; und das war gerade der Stolz und die Stütze unseres Wirtschaftslebens! (Sehr richtig).

Und das wollen wir behalten. Denn es ist von letzter und höchster Bedeutung, daß oberhalb und unterhalb jeder politischen Strömung die Persönlichkeit des deutschen Kaufmanns und Unternehmers in der Welt einen Wert hatte, den wir als einen dauernden und festen Faktor in die Rechnung unseres Wirtschaftslebens einsetzen konnten. Wenn jetzt gar an diesen Werten gerüttelt wird, wenn auch diese Werte nicht mehr verfangen, dann müssen wir stutzig werden. Nun beobachten wir, wie auch unsere Valuta in einer Weise sinkt, die freilich mit wirtschaftlichen Verhältnissen allein nicht zu erklären ist, sondern noch auf ganz andere Umstände hindeutet. Vielmehr ist diese Erscheinung zweifellos mit auf die Überzeugung zurückzuführen, daß bei uns überhaupt alles drunter und drüber gehe oder demnächst drunter und drüber gehen werde. Diese Besorgnis im Auslande schreckt die Leute ab und zerstört nicht nur jetzt unseren Kredit bei ihnen, sondern bringt die ungeheure Gefahr mit sich, daß mangels geordneter Zustände und mangels der Sicherheit, daß sie bald eintreten werden, unsere Feinde auch die Friedensbedingungen nicht auf Kreditwürdigkeit unseres wirtschaftlichen Lebens, sondern auf rohe Gewalt aufbauen werden, die einfach die Hand auf alles legt, woraus sie ihre Kosten herausholen können, — eine Gefahr, die, wenn sie verwirklicht würde, zu nichts anderem, als zur Einführung der Lohnsklaverei unseres Landes führen müßte.

Jeder finanzielle Kredit bedarf eben auch eines moralischen Kredites als Unterlage; finanzieller Kredit wird einem Lande nur gewährt, wenn die Voraussetzungen für eine eindringliche Abschätzung aller Verhältnisse, die dem Wirtschaftsleben zu grunde liegen, vorhanden sind. Ohne klare, durchsichtige und stetige Zustände, ohne Rechtssicherheit, ohne Gesetzlichkeit bekommt ein Land keinen Kredit bei anderen Ländern. Wenn wir den Kredit, den wir brauchen, und Friedensbedingungen, die wir brauchen, haben wollen, dann müssen wir gerade von unserm wirtschaftlich-finanziellen Standpunkt aus unbedingt darauf halten, daß Ordnung und Ruhe, Recht und Gesetz im Lande wieder in ihre Stelle eingesetzt werden. (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte an dieser Stelle aber nochmals ausdrücklich betonen: das ist eine Forderung, die ich nicht politisch begründe. Mag man politisch der verschiedensten Meinungen sein; mag aus sonstigen Gründen der eine das Provisorium für nützlich, der andere es für schädlich halten; mag man für besser halten, daß es ausgedehnt, oder seine Dauer möglichst abgekürzt werde; — ich werfe in die Wagschale als besonderes Gewicht den Fortbestand unseres Wirtschaftslebens und unserer Finanzwirtschaft, die ein langes Provisorium nicht mehr aushalten; (Sehr richtig!) und

ich betone, daß es für diejenigen, die in der Lage sind, die schleunige Herbeiführung der Geltung von Recht und Gesetz, des Eintritts von Ruhe und Ordnung zu veranlassen, eine ungeheure Verantwortung ist, wenn sie nicht alles tun, was in ihren Kräften steht, um geordnete Zustände so schnell wie möglich zu schaffen. (Sehr richtig! bravo!)

Das sind die Grundlagen. Sie sollen uns gewiß nicht hoffnungslos machen. Denn wenn die Voraussetzungen, die ich gegeben habe, erfüllt werden, wenn wir in kürzester Zeit zur Ruhe und Ordnung kommen, wenn Recht und Gesetz wiederkehren, wenn der Ausdruck des Volkswillens in allgemein vereinbarten Formen sich offenbart, dann bin ich der stolzen Überzeugung, dann schaffen wir es; nur wenn das nicht geschieht, haben wir Grund, die Flinte ins Korn zu werfen und zu verzweifeln. —

Daß sich auf Grundlagen, wie ich sie eingangs geschildert habe, ein Steuerprogramm nicht errichten läßt, liegt auf der Hand. Wenn ich also jetzt von steuerlichen Gedanken spreche, so will ich nicht ein eigentliches Steuerprogramm entwickeln, sondern nur die Möglichkeiten darlegen, die wir benutzen können, um auf steuerlichem Wege die finanziellen Aufgaben zu lösen, die uns vom Schicksal aufgebürdet worden sind. Diese Wege sind zum großen Teil nicht neu; die Gedanken, die ich vorzutragen habe, sind bereits vor der Revolution im Reichsschatzamt sorgfältig geprüft und erwogen worden. Was jetzt eingetreten ist, hat vielleicht nur zu einer Vertiefung, Ausbreitung und schärferen Erfassung in der einen oder anderen Richtung und Beziehung geführt. So kann ich also an das anknüpfen, was schon bisher an Plänen im Reichsschatzamt vorbereitet war. Nur in einem muß ich von dem Gange abweichen, den ich eingeschlagen hätte, wenn ich früher über diese Fragen gesprochen hätte: ich werde keine Ertragsschätzungen geben, weil ich nämlich der Überzeugung bin, daß es eine vollkommene Unmöglichkeit ist, bei der großen Mehrzahl der Steuern, die in Betracht kommen, auch nur annähernd und mit einiger Sicherheit einen Ertrag anzugeben, und weil ich glaube, daß Phantasiezahlen für Sie keine Bedeutung haben können.

Ich gehe von der üblichen Scheidung der Steuern in direkte und indirekte Steuern aus.

Das direkte Steuersystem wird — darüber kann ein Zweifel nicht obwalten — in einem bisher ungeahnten Maße ausgebaut werden müssen. Dieser Ausbau wird ein ausgesprochen antiplutokratischer sein. Ich bin weit entfernt, die kulturelle, soziale und politische Bedeutung eines gefestigten Wohlstandes zu unterschätzen, und ich bin noch viel weiter davon entfernt, die Notwendigkeit und Bedeu-

tung einer Kapitalbildung und einer Kapitalverwendung für unser Wirtschaftsleben zu unterschätzen. Aber ich bin allerdings überzeugt, daß die Zeit vorbei ist — ich möchte annehmen: auf Nimmerwiederkehr — wo die Bildung übergroßer Vermögen, die Erraffung mühelosen Gewinns, die verschwenderische Nutznießung gewaltiger Vermögensmassen noch gestattet ist. Die Not unseres Vaterlandes ebenso wie die sozialen Anschauungen, die zur Herrschaft gelangt sind, verbieten das. Das Wirtschaftsleben selbst zieht freilich auf der anderen Seite auch die Grenzen, innerhalb deren ich an das Kapital herangehen kann. Denn ich kann nicht etwas vornehmen, was die Grundlagen unserer Finanzen, die wirtschaftlicher Art sind, erschüttert, also etwa in unser Wirtschaftsleben in einer Weise eingreifen würde, daß es in kürzerer oder längerer Zeit zerstört, zum mindesten gelähmt werden würde. Wenn ich jedoch der Ansicht bin, daß eine sehr scharfe Erfassung von Einkommen und Vermögen geboten ist, so glaube ich zugleich, daß gerade diese Maßregel mittelbar dem Wirtschaftsleben sogar außerordentlich zu Hilfe kommen wird; denn sie wird das herbeiführen, was wir dringend brauchen: eine Senkung der Preise durch Beseitigung der zusätzlichen Kaufkraft, die durch die im Kriege betriebene Wirtschaft geschaffen worden ist. Die Senkung der Preise durch Beseitigung der zusätzlichen Kaufkraft ist es, die sowohl im Innern gesunde Verhältnisse herbeiführen wird, als auch allein es ermöglicht, uns an der Weltwirtschaft mit Produktionskosten zu beteiligen, die überhaupt erst eine solche Teilnahme ermöglichen.

Ich würde nun, soweit es an mir liegt, die neuen Steuern sobald wie möglich bringen, denn das Wirtschaftsleben hat ein Interesse daran, zu wissen, woran es ist. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß insbesondere das deutsche Wirtschaftsleben beinahe mit allem fertig wird, was ihm auferlegt wird, wenn es nur ganz klar weiß, womit es zu rechnen hat, so daß nicht das eine Jahr dieses, ein Jahr später wieder etwas anderes kommt.

Der deutsche Kaufmann muß kalkulieren können, und das kann er nur, wenn er weiß, was für Spesen er einzusetzen hat. Deshalb muß unser Streben dahin gehen, das, was wir tun, schnell zu tun, und so, daß ein Abschluß da ist, und daß derjenige, der mit diesen Dingen zu rechnen hat, auch weiß, worauf er sich für die Dauer einrichten muß.

Aber der Erfüllung dieses Wunsches nach einer möglichsten Beschleunigung der ganzen neuen Finanzgesetzgebung stehen noch große praktische und grundsätzliche Bedenken entgegen. Eine große Finanzgesetzgebung kann ich zunächst nicht vornehmen ohne eine intime Fühlung mit den Einzelstaaten, die ein Recht darauf haben, gehört zu werden und

mitzuwirken. Das geht nicht ohne einen gewissen Zeitverlust. Ich kann sie nicht vornehmen, ohne auch Interessenten und Sachverständige aller Art gehört zu haben, mit denen ich sprechen muß, damit ich nicht den Vorwurf als einen berechtigten empfinde, ich hätte vom grünen Tisch aus Maßnahmen vorgenommen, die so tief in das lebendige Fleisch unserer Wirtschaft einschneiden. Und ich muß endlich die Stimme der Allgemeinheit und der Öffentlichkeit in Kritik, in Rede und Gegenrede haben. Ich muß meinen Mann stehen gegenüber der Vertretung des deutschen Volkes in einer allgemeinen, alle Stände und Kreise umfassenden gesetzgebenden Versammlung. (Lebhafter Beifall.)

Deshalb muß mit dieser Gesetzgebung grundsätzlich gewartet werden, bis die Nationalversammlung da ist, mit der als dem Organ des ganzen deutschen Volkes diese Dinge beredet, umstritten und schließlich erledigt werden können. (Bravo!)

Freilich sind Ausnahmen im Einzelfalle zulässig, und gleich die erste Steuer, von der ich reden will, dürfte eine solche Ausnahme darstellen. Die Kriegsabgabe, die beschlossen worden ist für das Rechnungsjahr 1918, wird wiederholt werden müssen für das Rechnungsjahr 1919. Das liegt nahe; denn dieses Gesetz, das eine Besteuerung des Mehreinkommens der physischen Personen, des Mehrgewinns der juristischen Personen, der Gesellschaften, und eine Abgabe vom Vermögen enthielt, war von vornherein gedacht als ein Gesetz, das nicht bloß einmal, sondern auch für die folgenden Jahre erlassen werden sollte; und wir befinden uns demnach, wenn wir jetzt dieses Gesetz erlassen, in deutlich nachweisbarem Einklang mit dem Reichstag, der das erste Gesetz genehmigt hat, und, glaube ich, mit dem allgemeinen Volksempfinden, das bereits darauf gefaßt ist, daß eine solche Wiederholung erfolgen würde. Eine Änderung allerdings ist insofern vorgesehen, als ja bereits die Sicherungsverordnung zu erkennen gab, daß nicht nur wie bisher 60 v. H., sondern 80 v. H. des Mehrgewinns der Gesellschaften erfaßt werden sollen. Ob man diese Veränderung bereits jetzt im Wege der Verordnung vornehmen soll, oder ob es nicht vielleicht geratener ist, zunächst einfach das frühere Gesetz zu wiederholen, und die Erhöhung von 20 v. H., die ja durch die Hinterlegung gesichert und dem Zugriff des Reiches vorbehalten ist, durch die Nationalversammlung vornehmen zu lassen, das mag dahin gestellt bleiben. Im übrigen werden alle Gesetze unter dem Vorbehalt erlassen, — wiederum übrigens ein Argument dafür, daß man jetzt tiefgreifende wirklich neue Gesetze lieber nicht bringen soll —, daß die Nationalversammlung sie genehmigt, es somit in der Hand hat, die Billigung zu verwei-

gern oder an abändernde Bedingungen zu knüpfen. Wir werden also das Kriegsabgabe-Gesetz wiederholen, und zwar werden wir es, wie ich annehme, in ganz kurzer Zeit herausbringen.

Mit den ersten beiden Teilen dieses Kriegsabgabegesetzes haben wir bereits eingegriffen in das Gebiet der Kriegssteuer, der Kriegsgewinnsteuer. Es wird auch im übrigen eine neue Kriegssteuer kommen. Jener Eingriff bildet zugleich eine Art Ergänzung, indem neben dem Mehrgewinn der Gesellschaften nunmehr auch das Mehreinkommen der Einzelpersonen erfaßt wird, das zum Bedauern und vielleicht zum berechtigten Bedauern gar vieler in dem früheren Kriegssteuergesetz unberücksichtigt gewesen ist. Dadurch, daß dieses Mehreinkommen durch besonderes Gesetz erfaßt wird, ist das neue Kriegssteuergesetz in der Lage, sich abermals auf dem Boden des Vermögenszuwachses aufzubauen. Da es aber ein abschließendes Gesetz sein soll, so wird es nicht an das letzte Kriegssteuergesetz anknüpfen, sondern wiederum zurückgehen auf die Zeit vom 31. Dezember 1913, um nunmehr gewissermaßen den ganzen Zeitraum noch einmal für sich in Anspruch zu nehmen, — eine offenbare Notwendigkeit, da es ausgeschlossen wäre, daß der erste Zeitraum unter niedrigen, der andere unter höheren Sätzen behandelt würde. Und daß die Sätze höher werden, das allerdings ist unzweifelhaft. Sie werden so hoch sein, daß man bei den höheren Gewinnen von einer restlosen Erfassung der Kriegsgewinne wird sprechen können und müssen. Diese Art des Vorgehens ist nicht bloß als eine finanzielle, sondern in weiten Kreisen zugleich als eine sittliche Notwendigkeit empfunden worden, eine sittliche Notwendigkeit, der es auf der anderen Seite entspricht, nach Möglichkeit kleine Gewinne, die auf Sparsamkeit, auf Arbeit, auf Fleiß und Entbehrung zurückzuführen sind, zu schonen und nur große Gewinne, die schon durch ihren Umfang allein sich regelmäßig als eine Ausnutzung der Kriegskonjunktur darstellen, allerdings restlos zu erfassen und einzuziehen.

So tief ist in das Gewissen und in die Empfindung unseres Volkes die unbedingte Notwendigkeit solcher Maßnahmen eingedrungen, daß manche geschätzte Mitbürger es nicht erwarten können, bis der Staat seines Amtes waltet, sondern jetzt bereits darauf ausgehen, diese Gewinne möglichst bald den glücklichen Besitzern zu entziehen. Das geschieht teilweise mit mehr oder minder kräftigen und unmittelbaren Veranstaltungen, teilweise aber auch durch Lohnforderungen, die in ihrer sonst exorbitanten Höhe gerade damit gerechtfertigt werden, man wolle, da der Staat solange warte, nunmehr die Kriegsgewinne schleunigst selbst einziehen und auf diese Weise in Sicherheit bringen. Ich kann nicht umhin, das als einen Eingriff in meine Zuständigkeit zu betrachten. (Heiterkeit.)

Ich bin wahrhaftig gesonnen, das Meine zu tun, um jeden Verdacht zurückzuweisen, als ob ich meiner Zuständigkeit nicht gerecht würde. Die aber so handeln, vergessen ganz, daß sie nicht bloß mich damit ressortmäßig verletzen, sondern daß sie auch meine Steuern hinfällig machen; denn wenn sie die Gewinne weggenommen haben, dann kann ich sie nicht mehr wegnehmen. (Sehr richtig!)

Dann weiß ich wirklich nicht, womit wir die Mittel zur Schuldentilgung aufbringen sollen, womit wir schließlich die Lasten abtragen sollen, die wir haben, es sei denn, daß wir nunmehr an diejenigen herangehen, die diese Gewinne nicht in die Kasse des Reiches, sondern in ihre eigenen überführt haben, jedoch wenig geneigt und vielleicht auch wenig geeignet sein dürften, zu den Steuern beizutragen, die ich brauche. Ich denke also, wir lassen es beim ordnungsmäßigen Gang und überlassen es dem Reichsschatzamt und der Regierung, in dem von mir gekennzeichneten Rahmen eine Kriegssteuer einzuführen und einzuziehen.

Wiederkehren wird bei der Begleichung dieser Kriegssteuer die Vorschrift, daß sie auch, da sie zur Tilgung der Reichsschuld bestimmt ist, in Kriegsanleihen bezahlt werden darf. Aber ich bin geneigt, einen Schritt weiter zu gehen. Ich denke daran, vorzuschreiben, daß sie nicht bloß in Kriegsanleihen bezahlt werden darf, sondern zu einem bestimmten Teile bezahlt werden muß (sehr richtig! Bravo!) und ich glaube, daß ich damit nicht bloß ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber denjenigen erfülle, die allzu vorsichtig und hausväterlich sich bei der Zeichnung der Kriegsanleihen zurückgehalten haben, sondern daß ich damit auch einen sinnfälligen Beweis erbringe, wie sicher die Kriegsanleihe ist, wie bedacht wir sind, den Kurs der Kriegsanleihen zu heben und hochzuhalten. Ich gedenke übrigens eine solche Vorschrift nicht bloß für die Kriegssteuer und ähnliche Steuerzahlungen zu erlassen, sondern auch für die Veräußerung des Heeresmaterials, wofür ja ebenfalls die Bezahlung in Kriegsanleihe bereits zugelassen ist. Es handelt sich auch hier um viele Hunderte von Millionen, auch hier also ist zu erwägen, ob man die Zahlung in Kriegsanleihe nicht bloß zuläßt, sondern für bestimmte Teile des Kaufpreises zwingend vorschreibt.

Die Kriegssteuer schafft, wenn sie so radikal durchgeführt ist, wie ich es angedeutet habe, gewissermaßen eine gleichförmigere Basis für den weiteren Zugriff auf das letztlich dann noch vorhandene Vermögen und Einkommen. Der weitere Zugriff wird sich in Gestalt einer großen Ver-

mögensabgabe abspielen müssen, die sich auch auf die tote Hand erstrecken wird. Mir sind die schwerwiegenden Bedenken, die gegen diese Form einer Besteuerung vorliegen, natürlich wohl bekannt, ich würdige und werte sie in vollem Umfange. Ich glaube aber nicht, daß es möglich ist, um dieser Bedenken willen von einer solchen Maßnahme Abstand zu nehmen. Wir werden gerade hier nicht bloß aus finanziellen, sondern auch aus allgemein wirtschaftlichen Gründen eine solche Entlastung unseres übersättigten Kapitalmarktes vornehmen müssen. Die Schwierigkeiten liegen weniger in der Bemessung als in der Veranlagung, Erhebung und Einziehung der Steuer. Es wird darauf ankommen, Unterschiede zu machen nach der Verschiedenheit sowohl der Subjekte wie der Objekte. Wir müssen Rücksicht nehmen auf Familienstand, auf Alter, auf Erwerbsunfähigkeit, auf Einkommensverhältnisse, wir müssen aber ebenso darauf Rücksicht nehmen, ob es sich etwa um flüssiges Kapital oder um Grundstücke, um Betriebe, um Kunstwerke oder Sammlungen handelt. Für diese Fälle müssen besondere Vorkehrungen getroffen werden, um nicht Mißstände hervorzurufen, die in keinem Verhältnis stehen zu dem, was wir wollen. Wir werden selbstverständlich an Ratenzahlungen denken, wir werden auch Vorsorge treffen für den Fall, in dem eine Bezahlung nicht in Geld oder geldgleichen Mitteln erfolgen kann, sondern eine Hingabe in natura in Betracht gezogen werden muß. Endlich wird zu prüfen sein, ob es nicht richtig ist, daß ein Teil dessen, was durch eine Vermögensabgabe überhaupt aufzubringen ist, in Gestalt einer Zwangsanleihe herangeholt werden kann, um auf diese Weise die Einziehung nicht zu einer endgültigen zu machen, sondern eine Wiedergabe in der einen oder anderen Form in Aussicht zu stellen und die Last auf mehrere Generationen zu verteilen. Die Vermögensabgabe wird ihre Ergänzung finden in einer Umgestaltung der Besitzsteuer, nicht nach unten, das kann ich versichern, wohl aber in der Art, daß die Besitzsteuer die Ungleichmäßigkeiten, die sich jetzt bei der Veranlagung ergeben, das Schwanken der Wertbestimmungen, ausgleicht; und das wird umso notwendiger sein, wenn der Tiefstand der Werte und vor allen Dingen der Kurse, der jetzt vorhanden ist, nicht anhalten sollte. Ich glaube nicht, daß man recht tut, diesen Tiefstand der Werte und der Kurse nur den Zuständen der Jetztzeit zuzuschreiben und darin etwa nur ein ungesundes Zeichen zu erblicken. Es liegt vielmehr darin zum Teil eine ganz gesunde Reaktion gegen die Überschätzung, die Übertreibung, die in vielfacher Beziehung früher stattgefunden hat. Für uns als Finanzpolitiker ist jedenfalls die Tatsache dieses Tiefstandes eine ganz außerordentlich unerfreuliche,

und wir müssen damit rechnen und darauf hoffen, daß er überwunden wird, daß bei Rückkehr besserer Verhältnisse sich die Werte wieder heben werden, und dann ist es natürlich erforderlich daß der Ausgleich durch eine Vermögenszuwachssteuer, also durch eine neue Besitzsteuer geschieht. Die Besitzsteuer ist eine wiederkehrende Steuer und leitet uns ganz von selbst aus dem Gebiet der einmaligen Abgabe über in das Gebiet der regelmäßig wiederkehrenden Abgaben, die wir jedes liebe Jahr als alte Bekannte begrüßen: (Heiterkeit) der Einkommen- und Ergänzungssteuer. Die Frage dieser Steuern ist von jeher eine besonders schwierige gewesen, weil sie in das Gebiet des Streites zwischen Reich und Einzelstaaten hineinragen. Auf dieses Streitgebiet brauche ich jetzt nicht einzugehen. Wohin auch die Einkommen- und Ergänzungssteuern gelangen, ob sie den Einzelstaaten oder dem Reiche zufallen, ob sie ganz und gar der einen oder der anderen Seite gehören sollten, oder ob vielleicht eine Vereinigung und Verteilung stattfinden sollte, — sicher ist, daß eine einheitliche Reichseinkommensteuer oder doch eine Vereinheitlichung der einzelstaatlichen Einkommensteuern stattfinden muß. Es ist vollständig unmöglich, daß insbesondere die gesteigerte Heranziehung der hohen Einkommen, die Progression in der Besteuerung der Einkommen bei den Beträgen halt macht, wo es jetzt geschieht. Das geschieht lediglich deshalb, weil nicht ein Einzelstaat seine reichen Mitbürger in den anderen Einzelstaat treiben will, wo die Steuer etwa bei einer niedrigeren Stufe in ihrer Progression aufhört. Wir werden also die Fortführung der Progression in jedem Falle durchsetzen müssen und vielleicht schon aus diesem Gesichtspunkt, um den Wettstreit der Einzelstaaten unter einander nicht übermäßig scharf zu machen, die milde Hand des Reiches auf die hohen Einkommen legen.

Zu der Einkommensteuer und gerade zu demjenigen Teil, der die hohen Einkommen treffen wird, dürfte sich vielleicht eine besondere Betriebssteuer gesellen, die bei gewerblichen Unternehmungen Gewinne von sehr großer Höhe erfassen könnte.

Damit gehen wir auf die Quellen des Einkommens über und haben zu prüfen, ob nicht auch eine sorgfältigere Erfassung der Einkommenquellen stattfinden könnte als bisher. Sie wissen, daß das englische System der Einkommensteuer grundsätzlich — und zwar aus recht beachtenswerten Gründen — auf der Erfassung der Einkommenquellen aufgebaut ist, wodurch eine Deklaration in weitem Maßstabe vermieden wird. Deklarationen stellen an die Gewissenhaftigkeit der Menschen Anforderungen, denen der Mensch in seiner Schwäche nicht immer gerecht wird, (Heiterkeit)

und es ist nur menschenfreundlich, wenn man ihm diese Arbeit nach Möglichkeit abnimmt. Das kann man innerhalb gewisser Grenzen, indem man die Quellen erfaßt, hier die Steuer erhebt und es nicht völlig dem Einzelnen überläßt, sich selbst zu schätzen, eine Aufgabe, die, je höher die Steuer ist, desto peinlicher wird. Wir haben eine Reihe von diesen Quellen bereits erfaßt; wir haben das Einkommen, das aus Grundbesitz stammt, daneben durch die Grundsteuer erfaßt, das aus Gebäuden stammende durch die Gebäudesteuer, das aus Gewerbebetrieben stammende durch die Gewerbesteuer. Aber andere Länder und auch einige deutsche Einzelstaaten sind weiter gegangen und haben gefragt, ob man nicht auch das Einkommen aus Kapital an seiner besondern Quelle erfassen könnte, und haben diese Frage bejaht. Man wird nicht umhin können, diesen Gedanken einer sehr ernsten und wohlwollenden Prüfung zu unterziehen. Das Kapitaleinkommen, sei es in Gestalt von Kupons und Dividender, sei es in Gestalt von Hypothekenzinsen oder anderen Leistungen, wird daraufhin geprüft werden müssen, wie es auch einem Zugriffe des Reiches unterworfen werden kann.

Ich habe schon betont, daß eine derartige Steuer, die die Quellen erfaßt, zugleich eine Kontrolle und Ergänzung der Einkommensteuer darstellt. Das ist in besonders hohem Maße auch bei der Erbschaftssteuer der Fall. Diese wird reformiert und ausgedehnt werden müssen, sie wird nicht bloß in ihren Sätzen erhöht, sondern vor allen Dingen auf die Abkömmlinge erstreckt werden. Außerdem aber wird wohl insofern ein neues Prinzip in die Erbschaftssteuer hineingebracht werden, als man nicht jeden Erbanfall in der gleichen Weise betrachtet, sondern ihn in Verbindung mit der Vermögenslage des Erben bringt, indem also bei einem Erbanfall der reiche Mann ganz anders erfaßt wird als ein armer Mann. (Sehr richtig! Bravo!)

Nun streiten sich die Gelehrten allerdings darüber, ob die Erbschaftssteuer eine direkte oder indirekte Steuer ist. Das ist mir an sich gleichgiltig, bietet mir aber das willkommene Sprungbrett, um nunmehr zu den indirekten Steuern überzugehen.

Es ist ein Grundsatz uralter Steuerweisheit, Steuern, die man hat, nicht aufzugeben, schon deshalb, damit man nicht in die Gewohnheit der Menschen eingreift. Der Mensch hat sich an gewisse Steuern gewöhnt, und es ist tatsächlich so, daß er viel weniger dankbar für die Aufhebung alter Steuern ist, als dafür, wenn man ihm neue erspart. Wir werden in unserer jetzigen und künftigen Lage kaum daran denken können, in erheblichem Umfange Steuern aufzugeben, die wir haben. Ich möchte daher annehmen, daß es trotz des prinzipiellen Widerspruchs gegen indirekte Steuern doch geboten sein wird, die indirekten Steuern, die wir haben, im wesentlichen beizubehalten. Ja, ich glaube sogar, man wird noch einige hinzutun müssen.

Da bietet sich in erster Linie der Tabak. Er steht allerdings in der öffentlichen Meinung unter dem Schutze einer Äußerung, die einer meiner Herren Amtsvorgänger einmal — ich kann nicht einmal sagen, in schwacher Stunde — getan hat. Denn die Äußerung, an die ich denke, war nicht die, daß nunmehr definitiv von einer weiteren Heranziehung des Tabaks zu Steuern abgesehen werden sollte; sondern es war nur in vorsichtiger, verblümter Form gesagt, man wünsche und hoffe auf Seiten der Reichsregierung, es mit der damaligen Erhöhung abgetan sein zu lassen. Aber das ist eben ein frommer Wunsch geblieben. Der Hinblick auf andere Länder, die viel mehr aus dem Tabak herausholen als wir, wird wohl dazu führen, daß auch wir dem Tabak eine größere steuerliche Aufmerksamkeit zuwenden werden. Gerade auf diesem Gebiete wird es sogar vielleicht notwendig und richtig sein, schon vorweg im Wege der Verordnung eine Steigerung der Sätze eintreten zu lassen, und zwar bei der Zigarette, diesem für die Steuerverwaltung überaus erfreulichen Produkt unserer Tabakindustrie das bisher noch immer die kühnsten Erwartungen an Steuererträgen übertroffen hat. Die Zigarette leidet steuerlich daran, daß ihr Wert für die Besteuerung bei 7 Pfennig aussetzt; das ist ein Hohn auf die gegenwärtigen Verhältnisse; ich glaube, das ist schlechthin unerträglich. (Heiterkeit.) Wir werden also in dieser Beziehung baldigst eine Ergänzung der geltenden Steuergesetzgebung vornehmen müssen.

Auch ein anderes schwieriges Gebiet wird nicht unbeachtet bleiben können; das ist der Zucker. So wenig ich die großen Bedenken verkenne, die sich gegen eine stärkere Steuerbelastung des Zuckers erheben, so kann ich doch mit Rücksicht auf die Finanzlage und vor allen Dingen auch mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Ländern, wie England und Frankreich, es nicht ohne weiteres von der Hand weisen, auch hier eine steuerlich stärkere Berücksichtigung ins Werk zu setzen.

Das Gebiet der Stempelsteuern ist durch die letzte gesetzgeberische Maßnahme, die wir getroffen haben, ziemlich erledigt. Aber es finden sich doch immer einige Oasen, die steuerlich angebaut werden müssen. Ich möchte besonders auf den Grundstücksumsatzstempel hinweisen, der jetzt an einer Vielfältigkeit leidet, die für alle Beteiligten geradezu ein Greuel ist, so daß ich überzeugt bin.

daß sie, wenn sie künftig eine einheitliche Steuer entrichten können, sogar lieber etwas mehr geben als jetzt. (Heiterkeit.)

In das Chaos, das jetzt bei der Erhebung von Grundstücksumsatzsteuern durch Reich, Staat, Kreis und Gemeinden herrscht, können und müssen wir Ordnung bringen, indem wir sie übersichtlicher und einfacher gestalten und vor allen Dingen eine einheitliche Schätzung herbeiführen. Da rühre ich an ein Problem, das von großer Tragweite ist. Die am Grundstücksgeschäft beteiligten Kreise leiden sehr unter der vollkommen verschiedenartigen Schätzung für alle möglichen Steuern; bei Grundwertsteuer, Umsatzsteuer, Zuwachssteuer, Erbschaftssteuer, Ergänzungssteuer, Kriegssteuer, Gerichtskosten usw. treten immer wieder neue Schätzungen mit neuen Instanzen, neuen Zweifeln und neuen Kosten ein. Es wird sich empfehlen, zu prüfen, ob man nicht ganz einheitlich eine Schätzung auf der Grundlage des Grundwertes vornehmen kann, die dann zur Grundlage der Besteuerung des Grund und Bodens überhaupt gemacht werden könnte. (Sehr richtig! Bravo!)

Aber alle diese Dinge sind erst die Einleitung für diejenige Steuer, die auf diesem Gebiete doch wohl das Hauptgewicht tragen wird. Ich meine den Ausbau der Umsatzsteuer. Sie hat sich jetzt schon als ausbaufähig erwiesen und wird im Wesentlichen an die Stelle der viel erörterten, aber kaum durchführbaren Rohstoff- und Produktionssteuern zu treten haben. Sie muß aber nicht bloß durch Erhöhung ihrer Sätze vergröbert, sondern zugleich durch Berücksichtigung der Verschiedenheit derjenigen Gegenstände, auf die sich der Umsatz bezieht, verfeinert werden. Das wird insbesondere in Beziehung auf Luxussachen und verwandte Gegenstände gelten. Aber auch darüber hinaus wird eine Umarbeitung, eine Einarbeitung der mannigfachsten wirtschaftlichen Gebiete vorgenommen werden müssen. Indem wir den Gesichtspunkt des Luxus sehr stark in den Vordergrund schieben, wird sich zwanglos eine Reihe anderer Luxussteuern anschließen, die das Luxusmobiliar, die Luxuswohnung, das Halten großer Dienerschaft, Lustbarkeiten, Auslandreisen und Vergnügungsvereine erfassen sollen. Dann haben wir eine zusammenhängende steuerliche Umfriedigung des Wirtschaftslebens; sie erstreckt sich auf alle möglichen Gebiete und vor allen Dingen auf eine so große Zahl von Menschen, daß die Last, die auf den einzelnen kommt, verhältnismäßig wirklich sehr gering sein wird.

Alle diese Steuerpläne haben aber eine Voraussetzung: **daß man** nämlich die Steuern, die wir auferlegen, auch wirklich bekommt. Diese Voraussetzung ist in unserem bisherigen Steuersystem **nicht, jedenfalls nicht** restlos erfüllt. Es ist ein offenes Geheimnis, das insbesondere durch die Untersuchungen über die Einkommensteuer bekannt geworden ist, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Steuer so eingeht, wie sie eingehen müßten, wenn gerecht und gleichmäßig veranlagt würde. Deshalb ist eine gerechte, gleichmäßige, erschöpfende Besteuerung keineswegs nur ein Gebot der Finanzpolitik, sondern im tiefsten Sinne ein Gebot der Gerechtigkeit. (Sehr richtig!) Wenn ein Volk so viele Steuern zahlen soll, wie das unsere es muß, dann ist das nur auszuhalten, dann sind die Steuern, wenn sie nicht verbitternd wirken sollen, nur erträglich, wenn tatsächlich jeder sein Teil an Lasten trägt und die Steuern nicht auf die Ehrlichen allein abgewälzt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Deshalb müssen wir unser ganzes Abgabewesen von Grund aus reformieren. Davon kann natürlich keine Rede mehr sein, daß die Veranlagung als Nebenamt in die Hand von nicht technisch vorgebildeten Personen, von Verwaltungsbeamten gelegt wird. Die Veranlagung muß grundsätzlich, wie es in einem Teile von Deutschland bereits der Fall ist, in die Hände von sorgfältig geschulten Fachbeamten gebracht werden. Diese Forderung, die auch von einem großen Teile der noch rückständigen Einzelstaaten bereits anerkannt ist, wird nunmehr mit aller Schärfe durchgeführt werden müssen. Wenn in einzelnen süddeutschen Ländern, wie insbesondere in Württemberg, woher uns ja einst alles Heil kam, (Heiterkeit) die Veranlagung besonders gut ist, so liegt das zum großen Teil daran, daß dort technisch ausgezeichnet vorgebildete Beamte in genügender Zahl verwandt werden.

An den Beamten aber allein liegt es nicht. Wir werden bei den Schwierigkeiten, die insbesondere die Würdigung von Bilanzen, die Untersuchung der Buchführung, die Nachprüfung der Aufstellungen betreffen — Schwierigkeiten, die von Beamten allein nicht bewältigt werden können — dazu übergehen müssen, Sachverständige aus dem praktischen Leben in größerer Anzahl heranzuziehen, und ganz allgemein dafür sorgen müssen, daß sowohl die Beamten wie solche Sachverständigen eine Ausbildung genießen, die sie ganz besonders befähigt, auch den verschlungensten Wegen — und sie sind oft sehr verschlungen — nachzuspüren.

Gegenüber diesen vertragsmäßigen Arbeiten dürfen wir auch nicht sparen; die tüchtigen Leute dieses Faches müssen so bezahlt werden, daß die Kosten der Sonderausbildung sich auch lohnen; sie müssen ebenso hoch bezahlt werden wie jeder, der im freien Leben steht, durch Vertrag seine Kraft in den Dienst eines Andern stellt und etwas leistet;

ie müssen Zeit für ihre Aufgabe haben, damit diese wichti-
ien und schwierigen Arbeiten auch wirklich gründlich und
achverständig erledigt werden können. Geschieht das Alles,
o werden sich die höheren Ausgaben schon bezahlt machen
nd lohnen.

Bei der Einholung der Steuererklärungen müssen wir
ine besondere Aufmerksamkeit auch auf die Formulare
enden, die wir benutzen. Denn gerade die Abfassung
olcher Formulare ist nicht bedeutungslos und zwar von
em psychologischen Gesichtspunkt aus, der überhaupt in der
inanzpolitik einen größeren Raum einnehmen sollte, als
s bisher der Fall ist. Wir können durch die Formulare einen
Zwang ausüben, nicht mit Schweigen, sondern mit Ja oder
ein zu antworten. Wir können diesen Zwang verstärken,
indem wir die eidliche Versicherung für diejenigen anfordern
lassen können, bei denen es wünschenswert erscheint, eine
Gewissensfrage an sie zu richten.

Daß auch die Strafen anders gestaltet werden müssen
als bisher, ist gleichfalls eine Notwendigkeit. Ich bin kein
Freund von vielen Strafen. Aber in der Lage, in der wir
uns befinden, muß die zarte Rücksichtnahme auf Steuer-
mogler, die Duldsamkeit, die allerdings, wie ich sagen muß,
leider in Übereinstimmung mit den Rechtsauffassungen der
großen Mehrzahl unserer Mitbürger ihnen gegenüber be-
steht, aufhören; und damit dieser Unfug aufhört, muß die
Gestaltung und die Verhängung der Strafen sich ändern,
wobei ich nur hoffe, daß die Gerichte dem Ernst der Situa-
tion vollständig gewachsen sein werden. Eine schärfere Auf-
fassung muß hier ihren angemessenen Ausdruck finden, auch
in dem Sinne, daß nicht bloß hohe und Ehrenstrafen ver-
hängt werden, sondern insbesondere auch die Publizität, die
Veröffentlichung der Strafe angeordnet wird, um damit zu
bewirken, daß derjenige, der sich auf diesem Gebiete an der
Allgemeinheit vergreift, auch vor der Allgemeinheit ge-
ächtet wird. Überhaupt muß der Gedanke der Publizität
durch wohl noch weiter ausgewertet werden als bisher. Wir
werden darauf hinarbeiten müssen, daß das Eigentum nicht
so absolut Privatsache ist und bleibt, wie es gegenwärtig
ist, und daß jeder es sich wird gefallen lassen müssen, mehr
Einblick in seine persönlichen Verhältnisse zu gestatten, als
er es jetzt braucht und gewohnt ist. Eine Ausdehnung der
Auskunftspflicht auf verschiedene Gebiete wird in Betracht
gezogen werden müssen, wenn es sich als notwendig er-
weisen sollte, sie zu handhaben, um die volle Erfassung des
Steuerobjektes zu sichern.

Aber alles das würde nicht genügen, wie Zwang allein
ist erhaupt nicht genügt, wenn wir nicht vor allen Dingen
ein s erzielen: eine Hebung der Steuermoral.

(Sehr richtig!) Ich habe vorhin darauf hingewiesen, daß
diese Moral im Argen liegt; und ich kann nur sagen,
daß es eine der wesentlichsten Aufgaben der
Regierung sein muß, hier Wandel eintreten
zu lassen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß dieser
Wandel eintritt, so daß der mir an sich unsympathische
Zwang je länger, je mehr abgebaut werden kann, wenn die
Freiwilligkeit, Sittlichkeit und Einsicht ihn überflüssig
machen.

Dieses Vorgehen in allen seinen Formen wird besonders
notwendig sein gegenüber der abscheulichen Erscheinung,
über die wir jetzt zu klagen haben: der Steuerflucht. Die
Steuerflucht der Menschen, die Steuerflucht des Kapitals,
die Steuerflucht im Inland und ins Ausland, wo es sich
besonders gern versteckt, um den Steuerfiskus zu betrügen,
um das Vaterland zu schädigen um das, was man ihm
schuldet aus den Lasten, die für jeden Einzelnen mitgetragen
worden sind — sie bilden ein überaus schweres Kapitel!
Aber die Schwierigkeit eines Problems entbindet uns nicht
von der Pflicht, uns mit ihm zu beschäftigen. Wir haben ein
Steuerfluchtgesetz gegen die subjektive Steuerflucht erlassen
und Maßnahmen ergriffen, um auch die objektive Steuer-
flucht zu hindern oder doch einzuschränken. Die Postüber-
wachung ist aufrecht erhalten und noch weiter ausgebaut
worden. Wir haben eine Verordnung erlassen, nach der
wir die Verbringung von Effekten ins Ausland, die Über-
tragung von Guthaben ins Ausland, die Unterbringung
von Guthaben auf erdichtete Namen zu verhüten suchen.
Wir werden weiter gehen: wir werden auch, ohne dem Ver-
kehr allzugroße Fesseln anzulegen, die Verbringung von
Waren, die in steuerbetrügerischer Absicht erfolgt, unter
unsere Aufsicht nehmen. Wir werden ferner die Anlage
von Geldern bei ausländischen Versicherungsunternehmun-
gen zu dem gleichen Zwecke kontrollieren; wir werden die
Vorschriften über die Guthaben für Ausländer mit rück-
wirkender Kraft versehen und ebenso rückwirkende Kraft für
den Legitimationszwang bei der Einrichtung von Guthaben
bei Banken einführen. Ob das ausreicht, weiß ich nicht.
Wenn es nicht ausreichen sollte, so werden wir uns vielleicht
entschließen müssen, durchgreifendere, allerdings auch be-
schwerlichere und unbequemere Maßregeln zu ergreifen. Ich
kann nur hoffen, daß unser Volk wieder zur Vernunft zu-
rückkehrt, und daß, wenn die Verhältnisse sich so, wie ich es
heißen Herzens hoffe und wünsche, konsolidieren, auch diese
häßlichen Erscheinungen verschwinden, so daß wir zu noch
ernsteren, sicher wirksamen Maßnahmen nicht zu schreiten
brauchen, zu denen ich aber schreiten würde, wenn es not-
wendig wäre.

Damit habe ich das Gebiet der Steuern vorbehaltlich einer Menge von Einzelheiten, die ich natürlich hier nicht behandeln kann, in den Grundzügen erledigt. Aber es ist offenbar, auch wenn ich mich auf irgendwelche Ertragsschätzungen nicht einlasse, daß damit die Aufgabe, die uns gestellt ist, die Aufbringung der Mittel zur Deckung der uns treffenden Lasten nicht erschöpft ist. Das ist mit Steuern allein nicht zu machen, dazu müssen wir andere Wege einschlagen. Aber wir haben ja auch früher bereits andere Wege eingeschlagen! Sie weiter verfolgend müssen wir auf die unmittelbare Ertragsbeteiligung am Wirtschaftsleben hinaus. Wir haben das schon jetzt mannigfach getan: wir haben Eisenbahnen im Staatsbesitz, wir haben die Post im Reichsbesitz, wir haben staatliche Bergwerke und Hütten wir haben während des Krieges Aluminium und Stickstoff in die Hand des Staates genommen und wir haben noch im letzten Jahre ein Monopol, das Branntweinmonopol, geschaffen. Also es ist nichts Neues, was wir bei der Beteiligung der Allgemeinheit am Wirtschaftsleben vorhaben. Deshalb bedeutet es auch nichts Neues, wenn man jetzt von der Sozialisierung spricht, als einem Mittel, um nicht bloß andere soziale, wirtschaftliche und politische Zwecke zu verfolgen, sondern auch die finanzielle Gebarung des Reiches zu unterstützen. Etwas Neues wäre es vom finanziellen Standpunkt aus, der uns hier allein beschäftigt, nur dann, wenn die Sozialisierung so gedacht wäre, daß nunmehr eine schematische allgemeine Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens im Sinne einer Vergesellschaftung vorgenommen werden sollte. Das wäre eine Gefahr, nicht nur für das Wirtschaftsleben, sondern auch für die Finanzen. Denn es kann als sicher gelten, daß eine solche allgemeine Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens große Teile desselben glattweg zum finanziellen Erliegen bringen, und daß es sich dabei überhaupt mehr um die Befriedigung eines Programmpunktes als um die Betätigung von Verständnis für das Wirtschaftsleben der Jetztzeit handeln würde. Die Gefahr liegt jedoch nicht vor. Sie kann schon nicht vorliegen mit Rücksicht auf Gründe der auswärtigen Politik, auf die ich nicht näher einzugehen brauche. Sie liegt aber zweifellos auch nicht vor vom Standpunkt der jetzigen Regierung aus, die in wiederholten unzweideutigen Äußerungen sich dahin ausgelassen hat, daß ihr nichts ferner liege, als jetzt etwa das gesamte Wirtschaftsleben mit einem Schlage umzuformen, sondern daß sie im Gegenteil schrittweise, vorsichtig vorgehen will, unter individueller Würdigung und Wertung der Objekte, an die sie

sich heranbegibt, und unter Gewährung angemessener Entschädigung.

Bei solchem Vorgehen begegnet sie sich in der Tat mit Ideen, die bereits vor der Revolution gehegt wurden, und die nunmehr vielleicht nur mit größerer Dringlichkeit, mit stärkerer Energie fortgesetzt werden möchten. Man kann von vornherein sagen, daß unter dem Gesichtspunkt einer Prüfung der individuellen Eignung eines bestimmten Wirtschaftszweiges dann gewisse Gebiete vorweg ausscheiden. Es scheidet aus das ganze große Gebiet des Imports und Exports, das durchaus einzustellen ist auf persönliche Initiative, persönliche Tüchtigkeit und sich für eine mehr bürokratische Verwaltung, wie sie beim Staate gegeben ist, nicht eignet. (Sehr richtig!)

Neulich wurde auf der Reichskonferenz beschlossen, das feinmaschige Gebiet der Banken, Sparkassen und anderer Kreditanstalten unangetastet zu lassen. Man wird weiter als einen allgemeinen Grundsatz aufstellen können, daß für eine Vergesellschaftung, für eine Verstaatlichung sich Gebiete nicht eignen, die in technischer Beziehung noch nicht zu einem gewissen Abschluß gelangt sind, sondern sich noch in der Entwicklung befinden, einer Entwicklung, die vom Väterchen Staat niemals so gut wahrgenommen werden kann, wie im freien Wettbewerb technischer Kräfte. Das große Problem der Kohlevergasung zum Beispiel gehört hierher, ebenso das Problem der Zellstoffasern. Dagegen bieten sich andere Teile des Wirtschaftslebens einer solchen Behandlung schon eher dar. In erster Reihe kämen vielleicht große Teile des Versicherungswesens in Betracht. Man könnte weiterhin daran denken, die Wasserkräfte, die Wasserstraßen und durch die Überführung der Eisenbahnen in den Reichsbesitz die Reichseisenbahnen hierunter einzuordnen. Ob nicht auch auf dem Gebiete der Elektrizität einzelne Teile einer solchen Behandlung zugänglich wären, wird der sorgfältigen Prüfung bedürfen, die alle diese Fragen umfassen muß, die so eng mit dem wirtschaftlichen Gedeihen unseres Volkes verbunden sind.

Aber diese Prüfung wird sich nicht bloß auf die Gebiete beschränken dürfen, die behandelt werden sollen, sie wird sich auch auf die Art der Behandlung erstrecken. Denn bei der Sozialisierung denkt man zwar zunächst unwillkürlich an eine Verstaatlichung und womöglich an eine Monopolisierung. Es ist das aber nicht notwendig. Die Sozialisierung, d. h. die Durchdringung der Betriebe mit einer Zweckbestimmung, die nicht dem Privatnutzen oder ihm allein, sondern dem allgemeinen Nutzen dient, diese Form

der Eingliederung, der Einordnung der Betriebe in d[as] Leben der Allgemeinheit kann auch andere Ausdrucksweisen finden. Es ist nicht notwendig eine Monopolierung, es kann ja auch, statt einen ganzen Wirtschaftszweig in die Hand des Staates zu nehmen, im Einzelfalle genügen, einzelne Betriebe in seinen Besitz zu überführen, sodaß der Wirtschaftszweig sich zusammensetzt aus Privatbetrieben und Staatsbetrieben. Das kann ebenso für Kommunen und andere öffentlich-rechtliche Gebilde gelten. Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen können geschaffen werden; und auch in anderen Formen kann eine Beteiligung der Allgemeinheit am Unternehmen stattfinden. Endlich kann man — wiederum unter starker individueller Aussonderung dessen, was sich eignet, was, wie der gebräuchliche und gebrauchte Ausdruck lautet, dafür reif ist — prüfen, ob nicht vielleicht Neubildungen der Wirtschaftsgestaltung in der Zukunft sich in der Art vollziehen, daß große Zusammenfassungen einzelner Zweige in Gestalt von Kartellen und Syndikaten, womöglich ohne Zwang, sonst mit gesetzlicher Nachhilfe sich bilden, die durch Konzentration, durch Typisierung, durch Rationalisierung, durch andere Maßnahmen, die beim vollkommenen Großbetriebe getroffen werden könnten, zu einer außerordentlichen Ersparung an Produktionskosten führen können, und die diese Verbilligung der Produktion herbeiführen können, ohne den Wettbewerb und ohne den berechtigten Eigennutz des Unternehmers auszuschließen, vor allem aber unter Beteiligung der Arbeiter und des Reiches an dem daraus erzielten Gewinn. Das wäre ein Problem, das, wenn es in gesunder und vernünftiger Weise gelöst werden könnte, in der Tat die Krönung eines zugleich wirtschaftlich, sozial und finanziell vorteilhaften Aufbaues darstellt.

Ob es aber zu diesem Aufbau kommt, zu diesem Aufbau einer Finanzgebahrung, wie ich sie Ihnen in großen Zügen, in der Skizzierung des Bauplanes vor Augen zu führen gesucht habe, — wer weiß es? Das hängt wesentlich von zwei Dingen ab. Einmal von der Haltung unserer Feinde. Es hängt ab von dem Gebrauch, den sie von ihrer Macht zu machen gewillt sind. Was wir in den Zeitungen darüber hören, ist so grotesk, daß es sich, glaube ich, nicht verlohnt, darauf einzugehen. Denn wenn damit etwas anderes als eine phantastische Spielerei mit frevlen Worten beabsichtigt wäre, so wäre es unsere Vernichtung. Deshalb kann ich auch nicht glauben, daß man diese abenteuerlichen Wege ernsthaft zu beschreiten gewillt ist. Gewiß, ich rechne bei unseren Feinden nicht auf Milde und Gnade und bitte sie nicht um Milde und Gnade. (Bravo!)

Ich rufe auch bei ihnen andere Mächte an: das Recht und die Vernunft. (Bravo!)

Wir haben ein Recht auf Gerechtigkeit. Denn Gerechtigkeit war es, die Wilson in seinen Erlassen forderte, Gerechtigkeit und Billigkeit waren die Grundlagen seiner Botschaft vom 8. Januar mit den bekannten 14 Punkten und seiner Rede vom 27. September; und indem wir uns auf den Boden dieser seiner Erklarungen stellten, indem er dieses unser Anerbieten annahm, indem seine Verbündeten mit Ausnahmen, die hier nicht in Betracht kommen, sich ihm anschlossen, haben wir einen Rechtsanspruch erworben, den wir vertreten können und vertreten müssen, und der anerkannt werden muß, wenn auch nur ein Funke von Rechtsgefühl noch in der Welt vorhanden ist. (Lebhafter Beifall.)

Es tut gut, immer wieder die wesentlichen Punkte, die nur zu leicht dem Gedächtnis der Mitlebenden im Drange der Ereignisse entschlüpfen, hervorzuheben und zwar in der urkundlichen Form, in der sie uns vorliegen. In der Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sagte Wilson:

> Wir sind nicht auf Deutschlands Größe eifersüchtig, und es ist nichts in diesem Programm enthalten, das sie schmälert. Wir neiden ihm keine Errungenschaft oder Auszeichnung in Wissenschaft oder friedlicher Unternehmung, wie sie seine Geschichte so glänzend und beneidenswert gemacht haben. Wir wollen ihm kein Unrecht tun oder irgendwie seinen rechtsmäßigen Einfluß oder seine Macht beschränken. Wir wollen es weder mit Waffen noch durch feindselige Handelsübereinkommen bekämpfen, wenn es bereit ist, sich mit uns und den anderen friedliebenden Völkern der Welt zu Verträgen über Recht und Gerechtigkeit und der Billigkeit entsprechenden Handelsverhältnissen zu einigen. Wir wünschen ihm nur einen gleichberechtigten Platz unter den Völkern der Welt — der neuen Welt, in der wir leben — nicht einen Herrscherplatz. . . .
>
> Wir haben jetzt in Ausdrücken gesprochen, die zu konkret sind, um irgend welchen weiteren Zweifel oder weitere Frage zuzulassen. Ein klar ersichtlicher Grundsatz läuft durch das ganze Programm, das ich gezeichnet habe. Es ist der Grundsatz von Gerechtigkeit für alle Völker und Nationalitäten und ihr Recht auf gleiche Bedingungen der Freiheit und Sicherheit, seien sie stark oder schwach.

Und seine Rede in New York vom 27. September 1918 endet Wilson damit, daß er von der Welt sagt:

> Sie will den endgültigen Triumph der Gerechtigkeit und Billigkeit. (Hört! Hört!)

In der Tat, das sind konkrete, nicht mißzuverstehende Worte, und indem Wilson sie aufrecht erhalten hat, und die Verbündeten ihm zugestimmt haben, geben sie uns eine unverrückbare Grundlage, auf der wir zu stehen berechtigt und verpflichtet sind. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Jetzt zerrt man uns vor dieses hohe Tribunal als Angeklagte. Gut, wir werden uns vor ihm verantworten. Aber dann haben wir das Recht, auch als Kläger vor ihm aufzutreten und das Tribunal der Weltgeschichte, die das Weltgericht ist, zu unseren Gunsten anzurufen. Ich kann nicht glauben, daß, nachdem der erste Siegesrausch verflogen ist, bei unseren Feinden, bei ihren Führern, soweit sie wirklich die letzten Ziele im Auge haben, zu denen ihr Mund sich bekannt hat, nicht das Gefühl lebendig wird, daß der Sieg auch dem Sieger Pflichten auferlegt. Wenn aber das Recht sie nicht zu einer Haltung bestimmt, die uns Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit läßt, so appelliere ich an ihre Vernunft, die ihnen sagen muß, daß Lasten, die uns auferlegt werden, dann nicht getragen werden können, wenn wir selbständiger wirtschaftlicher Entfaltung überhaupt nicht mehr fähig sind. Der Gläubiger hat ein Interesse am Gedeihen des Schuldners, und ein Reich, das wirtschaftlich und damit finanziell leistungsunfähig wäre, würde den Forderungen nicht genügen können, die in übertriebenem Maße gestellt wären.

Die anderen aber, von deren Haltung die Gestaltung auch unserer finanziellen Zukunft abhängt, *das sind wir selbst*, das ist unser Volk. Und auch hier appelliere ich zunächst an die Vernunft. Auch hier muß jeder Einzelne sich sagen, daß, wenn er sich nicht einschränkt, wenn er nicht entsagt, nicht Opfer bringt, sein Vorteil nach kurzer Zeit nur ein scheinbarer sein wird, weil sein Vorteil unzerstörbar und unlösbar mit dem Gedeihen der Allgemeinheit verknüpft ist. Dieser selbstverständliche Grundsatz muß mehr als bisher in die Geister gehämmert werden. Es muß jedem Einzelnen klar gemacht werden, daß es seine Angelegenheit ist, um die es bei der Zukunft des Reiches geht, daß nicht durch sein Verhalten die Allgemeinheit geschädigt werden darf, weil sie in ihrem Zusammenbruche auch ihn selbst begraben würde.

Neben der Vernunft glaube ich aber doch wohl auch die Vaterlandsliebe unseres Volkes anrufen zu dürfen und ihm sagen zu können, daß die Zeit des Opfers, die vier Jahre lang gewährt hat, nicht abgebrochen werden kann, wo es gilt, weitere nötige und eigentlich doch leichtere Opfer zu bringen. Wir müssen in diesem Gefühl einer brennenden, einer antreibenden Vaterlandsliebe uns selbst in die Höhe

reißen. Wir dürfen auch nicht einem Pessimismus huldigen, der zur Apathie und Tatenlosigkeit führt. Wir müssen Mut und Vertrauen haben. Vertrauen zu uns selbst und unserer Kraft, die so Gewaltiges geleistet hat, und müssen es betätigen. Es war ein wohltuendes Gefühl für mich, als ich vor wenigen Tagen einen Aufruf bekam, in dem in diesem Sinne ein „Deutscher Wirtschaftskongreß" zusammengerufen wird. Ich ringe wie ein Verzweifelter mit dem Gespenst des Bankerotts, das mir immer wieder entgegentritt. An Ihnen Allen ist es, mir zu helfen, daß dieses Gespenst verscheucht wird und an seiner Stelle das lebenskräftige Gebilde eines zu neuer Wirtschaftsentfaltung sich durchringenden Staates emporwächst. Es geht um alles, es geht um uns alle: es geht darum, aus uns und unserer Tüchtigkeit und allen unseren Kräften heraus zu retten, was zu retten ist. Wir sind namenlos unglücklich. Die Vergangenheit ist tot. Aber wir dürfen nicht zagen und dürfen nicht klagen. Uns bleibt nur eins zu tun übrig: die Pflicht. Jetzt gilts, mit wehem Herzen, aber mit unbeugsamer Entschlossenheit und Treue Hand anzulegen, damit wir aus Schutt und Trümmern der Gegenwart etwas Neues aufrichten: Deutschlands Zukunft!

(Langanhaltender stürmischer Beifall.)

W. Moeser Buchdruckerei, Berlin S 14

M24 2.338

END OF
TITLE